

Thomas Heberer

## Institutionelle Defizite gefährden Chinas soziale und politische Stabilität

Von der Rolle einer Supermacht des 21. Jahrhunderts ist das Land noch weit entfernt

Das jährliche Wachstum Chinas von über 9% und seine Expansion auf den Weltmärkten rufen Ängste hervor: »Chinas Aufstieg – Deutschlands Abstieg«; »Angriff aus Fern-Ost« oder »Weltkrieg um Wohlstand« sind einige jüngst in die Diskussion geworfenen Termini. Der chinesische Staat wird als »Angreifer« oder »Termitenstaat« klassifiziert, der ohne Rücksicht auf Menschenleben und globale Umwelt und mit Hilfe billiger, rechtloser Arbeitskraft zum Angriff auf die westlichen »Absteigergesellschaften« blase.<sup>1</sup> Zwar stellt der Aufstieg Chinas eine große Herausforderung für die westlichen Wirtschaften dar, gleichwohl profitiert Europa enorm von dessen Aufschwung. Und dennoch bleibt Chinas Entwicklung ambivalent: Seine Wirtschaftskraft wächst ebenso wie sein innerer Probleberg: wachsende soziale Ungleichheit, Umweltkatastrophen, Korruption, Kaderwillkür und zunehmende soziale Proteste.<sup>2</sup> Von daher stellt sich die Frage nach der Stabilität des politischen und gesellschaftlichen Systems. Die politische Führung selbst betont immer wieder, dass Stabilität die Grundvoraussetzung für weitere Entwicklung sei. Ohne Stabilität drohe ein systemischer Zusammenbruch.<sup>3</sup>

Im Folgenden soll an den Beispielen innere Probleme und gesellschaftliche Dynamik die Ambivalenz der gegenwärtigen Entwicklung Chinas vor dem Hintergrund der Stabilitätsfrage verdeutlicht werden. Zunächst werden wir unser Verständnis von Stabilität erläutern. Anschließend zeigen wir, dass China nach wie vor als Entwicklungsland zu begreifen ist. Den wachsenden sozialen Protesten versucht die chinesische Führung mit dem Konzept einer »harmonischen Gesellschaft« zu begegnen. Der *party-state*<sup>4</sup> betätigt sich gleichwohl als Entwicklungsmotor, auch wenn die Rolle der Gesellschaft kontinuierlich wächst. Kritische Stimmen fordern

- 1 Jochen Buchsteiner, *Die Stunde der Asiaten. Wie Europa verdrängt wird*, Reinbek bei Hamburg 2005; Frank Sieren, *Der China Code*, Berlin, 2006; Gabor Steingart, *Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden*, München/Zürich, 2006.
- 2 Thomas Heberer / Anja Senz, »Die Rolle Chinas in der internationalen Politik. Innen- und außenpolitische Entwicklungen und Handlungspotenziale« *Discussion Paper 3*, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, 2006; Thomas Heberer / Gunter Schubert, »Political Reform and Regime Legitimacy in Contemporary China« in: *ASIEN*, 11 (2006), S. 9-28.
- 3 Jiangang Huang, / Fujun Song / Baiqi Li / Xieguo Gu, *Shehui wending wenti yanjiu* (Untersuchung zur Frage sozialer Stabilität), Peking 2005, S. 243ff.
- 4 Wir wählen hier den englischen Begriff *party-state*, weil dieser besser als der deutsche Begriff »Parteistaat« die enge Verflechtung von Partei und Staat in China verdeutlicht.

eine schnelle Institutionalisierung vor allem von Rechten. Ein Fazit, das auch die Frage einer möglichen Rolle Europas im Institutionalisierungsprozess Chinas aufwirft, rundet den Beitrag ab.

### Was heißt Stabilität?

Das Konzept der Stabilität ist eng mit dem politischen System verbunden. Politische Systeme befinden sich in Interaktion mit einer sie umgebenden Umwelt, die sie beeinflussen und von der sie beeinflusst werden. Wandlungsprozesse in oder Krisen dieser Umwelt »dynamisieren« oder »stören« ein System und generieren auf diese Weise Instabilität. Von daher meint Stabilisierung, dass ein System im Falle von Störungen in der Lage ist, zu einem neuen Gleichgewichtszustand zu finden. Allerdings lässt sich Stabilität nicht nur systemstrukturell definieren, sondern auch systemfunktional im Sinne politischer Performanz. Faktoren wie Effizienz, Legitimität, Ordnung und Beständigkeit wirken sich förderlich auf Stabilität aus. Auch das Fehlen gewalttätiger sozialer Konflikte, institutionelle Kontinuität, die Dauerhaftigkeit von Regierungen und allgemeiner Wohlstand lassen sich als Ausdruck von und als Erfordernis für politische Stabilität begreifen.

Wolfgang Merkel hat einen stärker funktionalen, praxisorientierten politischen Stabilitätsbegriff formuliert. Seiner Meinung nach ist Voraussetzung für Stabilität, dass die »innere Konstruktion der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Strukturen und Akteuren so angelegt sein« (muss), dass »sie in der Lage sind, jene Aufgaben zu lösen, die dem System aus der ›Umwelt‹ (Wirtschaft, Gesellschaft, internationale Staatenwelt) gestellt werden«. Merkel zufolge sind fünf zentrale Herausforderungen zu bewältigen: politische und gesellschaftliche Integration; Mobilisierung von Ressourcen; Beziehungen mit anderen Staaten auf der Basis friedlicher Regelungen; politische Partizipation der Bevölkerung; sozial relativ gerechte Verteilung des Sozialproduktes durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen.<sup>5</sup>

Wird Stabilität in diesem Sinne als ein »Prozess dynamischen Gleichgewichts« verstanden, in dem sich ein System befinden soll, so geht es Merkel vor allem um seine Anpassungsfähigkeit und um die Bestimmung der Bedingungen, die eine solche Flexibilität erlauben oder behindern.<sup>6</sup> Ein solcher Stabilitätsbegriff ist nicht an Bewahrung und Beharrung, sondern an Wandel geknüpft. Wandel ist hier einerseits im Sinne von *Änderungspotenzialen* zu verstehen, die von politischen und sozialen Akteuren genutzt werden können; andererseits als Potenzial von Eliten, die – wie in China – Wandel bewusst einleiten wollen und können.

Dabei sind es im Wesentlichen Institutionen, die stabilisierende und zugleich integrative Funktion besitzen, da sie das Zusammenleben der Menschen regeln und dem Einzelnen wie der Gruppe eine Erwartungssicherheit geben. Institutionelle

5 Wolfgang Merkel, *Systemtransformation*, Opladen 1999, S. 57-58.

6 AaO., S. 58.

Stabilität setzt dabei voraus, dass die jeweils Betroffenen daraus kollektiven bzw. individuellen Nutzen ziehen.

### *China – noch immer Entwicklungsland mit institutionellen Defiziten*

Ein Blick in den Weltentwicklungsbericht 2006 verdeutlicht, dass China nach wie vor ein Entwicklungsland ist: 16,6% der Bevölkerung Chinas verdienen weniger als 1 US-\$/Tag und leben den Kriterien der Weltbank zufolge in absoluter Armut. 46,7% verdienen weniger als 2 US-\$/Tag. Damit befindet sich China auf dem Niveau von Ländern wie der Elfenbeinküste, den Philippinen oder dem Jemen. Mit einem Bruttonationaleinkommen von 1.290 US-\$ pro Kopf (2004) zählt China zu den Ländern mit niedrigem Einkommen. Statistisch gesehen lag es damit noch hinter Kolumbien, Ecuador oder der Dominikanischen Republik und etwa auf dem Niveau der Philippinen und Indonesiens. Rund 10% der Kinder unter 5 Jahren gelten als unterernährt und die durchschnittliche Schulbesuchszeit beträgt gerade einmal 6,5 Jahre, ein Durchschnittswert ärmerer Entwicklungsländer.<sup>7</sup> China benötigt Wachstum, um die jährlich steigende Zahl an Arbeitskräften (10-12 Mio.) in Beschäftigung bringen und soziale Stabilität wahren zu können. Der rasche und erfolgreiche Übergang von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft hat die politische Führung vor enorme Herausforderungen gestellt: Ausweitung sozialer Ungleichheit, Korruption, Stadt-Land-Gefälle, Arbeitslosigkeit, Verfall traditioneller sozialer Sicherungssysteme, Überalterung usw.

Auch wenn China seit den 1980er Jahren durch neue Regelwerke, neue Ordnungswerte und neue Rechtsinstitutionen einen raschen Prozess institutionellen Wandels eingeleitet hat, bleibt das Institutionengefüge hinter den ökonomischen und gesellschaftlichen Erfordernissen zurück: Rechte und Regeln wirken relativ unverbindlich, weil die Partei über Recht und Regeln steht, das Recht nicht unabhängig ist und daher die Bevölkerung ungenügend Nutzen daraus zieht. Zudem hat das durch den rapiden Wandel entstandene Wertevakuum ein hohes Maß an sozialer Orientierungslosigkeit mit sich gebracht.

### *Wachsende Proteste*

Seit das Ministerium für Öffentliche Sicherheit die Zahl der »Massenproteste« dokumentiert, soll sich deren Zahl von ca. 10.000 im Jahre 1994 auf 87.000 (2005) erhöht haben. Der Soziologe Sun Liping sprach davon, dass 2005 in den Städten pro Tag zwischen 120 und 250 Proteste mit mehr als hundert Protestierenden stattgefunden hätten, im ländlichen Raum 90-160.<sup>8</sup> Laut Berichten der International La-

7 Weltbank (Hg.), »Chancengerechtigkeit und Entwicklung«, Düsseldorf 2006, S. 334ff.

8 The Economist 31.12.06 ([http://www.economist.com/displaystory.cfm?story\\_id=4462719](http://www.economist.com/displaystory.cfm?story_id=4462719); aufgerufen am 31.12.06).

bour Organization (ILO) verdoppelte sich zugleich die Zahl der Arbeitskonflikte von 2001 knapp 155.000 auf 300.000 2005.<sup>9</sup>

Obgleich die Zahl der Proteste zunimmt, handelt es sich überwiegend um Proteste gegen lokale Funktionäre, nicht aber um Unmutsäußerungen gegenüber dem politischen System. Untersuchungen im städtischen und ländlichen Raum haben ergeben, dass die Menschen nur geringes Vertrauen in die lokalen Funktionäre besitzen, hingegen relativ hohes in die zentrale Führung.<sup>10</sup> Von daher sind diese Proteste eher als Ausdruck einer sich pluralisierenden Entwicklungsgesellschaft zu begreifen, in der Entwicklung soziale Konflikte mit sich bringt und Konflikte sich in zunehmenden Unmutsäußerungen und Protesten niederschlagen, ohne dass das politische System per se in Frage gestellt würde.

Gegenwärtig bilden der ländliche Raum und die Bauernschaft das entscheidende Feld für soziale und gewaltsame Unruhen. Ein im Jahre 2004 erschiener und von zwei chinesischen Journalisten verfasster Bericht über die Lage der Bauernschaft (am Beispiel der Provinz Anhui in Zentralchina) hat das Ausmaß an Willkür ländlicher Kader auf drastische Weise verdeutlicht.<sup>11</sup> Er hat auch gezeigt, dass sich an dem Kernproblem der Rechtlosigkeit der Landbevölkerung bislang wenig geändert hat. Auch dass es für die Bauernschaft noch immer keinen eigenen Interessenverband gibt, ist Ausdruck dieser Rechtlosigkeit. Ohne eine solche Interessenorganisation wird sich der schwelende Konflikt zwischen Staat und Landbevölkerung allerdings weiter verschärfen.

In einer Analyse über die Lage der Bauernschaft kam der Sozialwissenschaftler Yu Jianrong zu dem Schluss, dass sich die Protestformen der Bauernschaft in den letzten Jahren gewandelt hätten: von spontanen Formen des Widerstandes vor den 90er Jahren hin zu »gerechtfertigter Rebellion« (bei der versucht worden sei, durch Berufung auf staatliche Politik oder Gesetze der Willkür lokaler Funktionäre entgegenzutreten) und seit 1998 zu Formen, bei denen die Bauern »durch Anwendung von Recht und Gesetzen aktiv für ihre Rechte kämpften«. Das Letztere beziehe sich, so Yu, auf den Kampf für politische Rechte und die Durchsetzung bestehender Gesetze und Vorschriften. Diese Auseinandersetzung richte sich primär gegen lokale Funktionäre und nicht gegen das politische System an sich. Die Bauern organisierten über einzelne Dörfer hinausreichende Netzwerke und griffen zu Mitteln wie

- 9 Antoaneta Bezlova, »China grapples with a labor dragon« in: *Asia Times Online* (2006), [http://www.atimes.com/atimes/China\\_Business/HD27Cb06.html](http://www.atimes.com/atimes/China_Business/HD27Cb06.html) (aufgerufen am 4.1.07).
- 10 Lianjiang Li, »Political Trust in Rural China« in: *Modern China*, 30 (2) (2004), S. 228-258; Wenfang Tang, *Public Opinion and Political Change in China*, Stanford, 2005, S. 76ff. und 102; Heberer / Schubert, »Political Reform and Regime Legitimacy in Contemporary China« aaO. (FN 2); Thomas Heberer, »Institutional Change and Legitimacy via Urban Elections? People's Awareness of Elections and Participation in Urban Neighbourhoods« *Duisburg Working Papers on East Asian Studies*, University of Duisburg-Essen, No. 68 (2006).
- 11 Guidi Chen / Tiao Chun, *Zhongguo nongmin diaocha* (Untersuchungsbericht über Chinas Bauern), Peking 2004.

Demonstrationen oder Sit-ins, um ihre Ziele zu erreichen. Ihre Methoden seien gesetzlich erlaubt, politisch jedoch verboten. Dieses Agieren der Bauernschaft könne, so Yu, in Zukunft aber dazu führen, dass die Bauernschaft zu einer starken Triebkraft für die Erweiterung gesellschaftlicher Partizipation werden könne.<sup>12</sup> Dieses kollektive Verhalten des »Rightful Resistance«,<sup>13</sup> bei dem die Bauern lokale Funktionäre mit Gesetzen, Erlassen, Richtlinien oder Dokumenten der zentralen Führung konfrontieren, hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Dabei nutzt die Landbevölkerung institutionelle Defizite und unterschiedliche Interessen und Einstellungen innerhalb des fragmentierten *party-state*, um lokal Interessen durchzusetzen.

Auch im städtischen Raum gewinnen Proteste einen neuen Charakter. In den 1980er und 90er Jahren appellierten Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, an den gesellschaftlichen Wert einer »Moralwirtschaft« (*moral economy*), an bestehende soziale Normen und forderten Gerechtigkeit. Die kalte Privatisierung von Staatsbetrieben<sup>14</sup> durch geschickte Manager, die entweder Staats- in privates Eigentum verwandeln, indem sie die Vermögenswerte eines Unternehmens bei weitem zu niedrig veranschlagen oder veranschlagen lassen, oder private Firmen gründen, in die sie staatliche Vermögenswerte transferieren, führen zunehmend zu Protesten unter Belegschaften. Häufig sind damit Schließungen von Unternehmensteilbereichen, Massenentlassungen und die Unterschlagung von Abfindungen für die Beschäftigten durch Funktionäre verbunden. Auch unter der Arbeiterschaft wächst das Moment des o.g. »Rightful Resistance«: Da die politische Führung sich nach wie vor verbal gegen eine »Privatisierung« ausspricht, die sich de facto jedoch seit langem vollzieht,<sup>15</sup> nutzen die Arbeiter das Lippenbekenntnis der Führung zum Sozialismus und wehren sich im Namen politischer Richtlinien gegen die schleichende Unterhöhlung des Staatseigentums, das immer noch als »Volkseigentum« gilt. Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bringt die Belegschaften zugleich in eine oppositionelle Haltung gegenüber den privaten Eignern. Deren ausbeuterisches Verhalten bewirkt, dass die Arbeiterschaft sie zunehmend mit »Kapitalisten« identifiziert. Bei ihren Protesten berufen sich die Arbeiter auf Aussagen von Parteiführern bzw. offizielle Parteidokumente, in denen es heißt, Privatisierung sei abzulehnen und die Rechte der Arbeiter müssten geschützt werden.<sup>16</sup> Chen schildert die

- 12 Jianrong Yu, »Social Conflict in Rural China Today: Observations and Analysis on Farmers' Struggles to Safeguard Their Rights« in: *Social Sciences in China*, Autumn (2005), S. 125-136.
- 13 Kevin O'Brien, »Rightful Resistance« in: *World Politics*, 49 (October) (1996), S. 31-55; Kevin O'Brien / Lianjiang Li, *Rightful Resistance in Rural China*, Cambridge 2006.
- 14 Kalte Privatisierung steht hier für einen schleichenden Privatisierungsprozess, bei dem der Staat keine geeigneten Maßnahmen dagegen ergreift.
- 15 Thomas Heberer, *Private Entrepreneurs in China and Vietnam. Social and Political Functioning of Strategic Groups*, Leiden 2003, S. 11ff.
- 16 Feng Chen, »Privatization and Its Discontents« in Chinese Factories, in: *The China Quarterly*, March 2006, S. 42-60.

Besetzung einer heimlich privatisierten Fabrik durch Arbeiter unter der Losung »Reform erlaubt nicht Privatisierung«.<sup>17</sup>

Unter den Bedingungen wachsender ländlicher und urbaner Proteste bei gleichzeitigen institutionellen Defiziten ist ein starker Staat gefragt, um den zentrifugalen Kräften gegensteuern zu können. Die politische Führung versucht, soziale Konflikte in Stadt und Land durch politische Maßnahmen abzufedern. Was den ländlichen Raum anbelangt, so wurde bereits 2004 der »Bauernfrage«, d.h. der Lösung ländlicher Probleme und Entwicklung Priorität eingeräumt. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Einkommen der Bauern zu erhöhen (u.a. durch Abschaffung der Agrarsteuern) und der Umwidmung und dem illegalen Verkauf von Boden<sup>18</sup> Einhalt zu gebieten. Der im Frühjahr 2006 vom Parlament verabschiedete 11. Fünfjahrplan sieht u.a. vor, dass die Schulgebühren für Kinder im ländlichen Raum abgeschafft und bis zum Jahre 2010 wieder nahezu flächendeckend ein genossenschaftliches Gesundheitswesen auf dem Land eingeführt werden soll, an dem sich der Zentralstaat, die Provinzen, Städte und Kreise finanziell beteiligen sollen. Die Städte wurden in Nachbarschaftsviertel reorganisiert, die sich bürgernah um die Belange der sozial Schwachen kümmern und Vorsorge gegen soziale Unsicherheit und Überalterung treffen sollen.<sup>19</sup> Sozialhilfe wurde eingeführt und die neuen Nachbarschaftsviertel sollen auf »Bürgerebene« soziale Lösungen suchen: Sie sind nunmehr für die sozial Schwachen, für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulung u.a. andere soziale Fragen zuständig.<sup>20</sup> Zudem hat China erklärt, es werde in den kommenden fünf Jahren die Arbeitssicherheit im Land mit ca. 50 Mrd. Euro verbessern.<sup>21</sup>

### »Harmonische« Gesellschaft?

Neue Grundlage für Stabilität soll das Konzept der »harmonischen Gesellschaft« bilden, das erstmals auf einer Plenarsitzung des Zentralkomitees im September 2004 vorgetragen und von Ministerpräsident Wen Jiabao in seinem Rechenschaftsbericht an den Nationalen Volkskongress im Februar 2005 erläutert wurde. Demokratie, *rule of law*,<sup>22</sup> Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit (im Gegensatz zu Korruption) und sozi-

17 AaO., S. 54.

18 Landenteignungen durch lokale Behörden stellen den Hauptfaktor für Petitionen in China dar, vgl. Renmin Ribao unter [http://english.people.com.cn/200701/30/eng20070130\\_346166.html](http://english.people.com.cn/200701/30/eng20070130_346166.html) (aufgerufen am 5.2.07).

19 Thomas Heberer, »Soziale Sicherung und Sozialhilfe: Schritte zur Harmonisierung der Gesellschaft im gegenwärtigen China« in: *China Heute*, 4-5 (2005), S. 152-160; Heberer, »Institutional Change and Legitimacy via Urban Elections? People's Awareness of Elections and Participation in Urban Neighbourhoods« aaO. (FN 10)

20 Heberer, »Soziale Sicherung und Sozialhilfe: Schritte zur Harmonisierung der Gesellschaft im gegenwärtigen China« aaO. (FN 19).

21 Renmin Ribao 9.11.06.

22 Wir verwenden hier den englischen Begriff, weil *rule of law* nicht dem deutschen Begriff »Rechtsstaat« entspricht (obwohl es in der Regel so übersetzt wird), sondern eher dem Begriff der »Herrschaft mit Hilfe des Rechts«.

aler Ausgleich soll diese Gesellschaft auszeichnen. Parteichef Hu Jintao hat das im Juni 2005 präzisiert: Aufbau einer »geistigen Moral«, korrekte Behandlung der Widersprüche im Volk, Verstärkung des ökologischen und Umweltaufbaus, *good governance* und soziale Stabilität nannte er als weitere Faktoren.<sup>23</sup>

Im Prinzip geht es um die Frage, auf welche Weise gesellschaftliche Widersprüche gelöst sowie die Ursachen dieser Widersprüche aufgehoben und gesellschaftliche Stabilität erreicht werden können. Dies soll durch Schaffung einer soliden ökonomischen Grundlage, einer neuen Moral, die Herstellung ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit, ein funktionierendes Rechtssystem und die kontinuierliche Anhebung des Bildungsstandards erreicht werden.<sup>24</sup> Im Rahmen dieses Konzeptes sollen – wie der Soziologe Hang Lin betont hat – die Mittelschicht verbreitert, die Zahl der Angehörigen unterer Einkommensgruppen verringert und Korruption bekämpft werden.<sup>25</sup>

Dieses neue gesellschaftspolitische Ziel bedeutet nicht nur ein Eingeständnis, dass die Gesellschaft sich in einem sozial konfliktären Zustand befindet. Es ersetzt auch das Ziel des »Kommunismus« durch das jahrtausendealte chinesische Idealbild einer harmonischen Großen Gemeinschaft. Begleitet wird diese Zielsetzung von dem staatlichen Bemühen, ein neues Wertesystem zu etablieren, das Fragen von Gleichheit, Gerechtigkeit und Bürgersinn in den Mittelpunkt rückt. Eine harmonische Gesellschaft soll Kontrast zu einer neoliberalen Marktgesellschaft sein, wobei die Letztere durch Maximierung von Profit, übermäßigen Konsum und Umweltzerstörung gekennzeichnet sei. Im Rahmen dieses Konzeptes soll dem Umweltschutz und -bewusstsein auch auf der Bürgerebene mehr Raum gegeben werden (chinesische Agenda 21). Bei uns wenig wahrgenommen, entwerfen Denkfabriken und NGOs bereits entsprechende Konzepte, die mittelfristig zu Veränderungen im politischen Denken und Gefüge Chinas führen sollen.

### *Staat als Entwicklungsmotor*

Der Staat fungiert seit den 1980er Jahren als das, was die Entwicklungspolitik im Unterschied zum Begriff des »Entwicklungslandes« »developmental state« oder Entwicklungsstaat nennt. Solche (autoritären) Staaten zeichnen sich durch einen starken Willen zur ökonomischen Entwicklung aus und handeln zielgerichtet. Südkorea, Taiwan, Singapur oder Malaysia sind Beispiele dafür. Entwicklungsstaaten wissen zugleich, wann Politikwechsel eingeleitet werden müssen. Bezogen auf Chi-

23 Vgl. *Renmin Ribao*, 27.6.05 und 8.5.06.

24 Wei Qiang, »Zuohao weihu wending gongzuo, cujan hexie shehui jianshe« (Die Arbeit zur Bewahrung von Stabilität und Förderung einer harmonischen Gesellschaft gut durchführen) in: *Renmin Ribao*, 23.12.2004; verschiedene Beiträge dazu im Rahmen der Diskussion über den Rechenschaftsbericht der Regierung an den Nationalen Volkskongress im März 2005, *Renmin Ribao*, 7-9.3. 03.

25 Weiping Wang / Lin Zhu, *China aims at harmonious society* (Internetversion), aufgerufen am 17.12.2004 unter [http://news.xinhuanet.com/english/2004-12/17/content\\_2348778.htm](http://news.xinhuanet.com/english/2004-12/17/content_2348778.htm); *Renmin Ribao*, 9.3.05.

na erklärt dies nicht nur den institutionellen Wandel von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft, sondern auch die Aufgabe des Klassencharakters der Partei Ende der 90er Jahre, die verfassungsmäßig inzwischen nicht mehr die Interessen einer Klasse, sondern die des ganzen chinesischen Volkes vertritt.<sup>26</sup> Dieser Wandel des Charakters der Partei ist im Westen nur unzureichend wahrgenommen worden.

Entwicklungsstaaten werden zugleich als lernende Staaten definiert: Sie lernen – auch institutionell – aus vergangenen Fehlern und leiten entsprechende Kursänderungen ein. So hat der chinesische Staat gelernt, dass privates Wirtschaften erfolgreicher als staatliches ist, Ideologie Entwicklung behindert, Verrechtlichung die Gesellschaft stabilisieren hilft. Ein wesentliches Merkmal der politischen Kultur Chinas ist politischem Richtungswechsel förderlich: *politischer Pragmatismus*. Überkommene Strukturen und Ideologien werden aufgegeben, wenn sie der Entwicklung von Staat und Gesellschaft entgegenstehen.

Der Umbau eines so riesigen Landes kann nur mit Bedacht erfolgen. Den Menschen ist primär an der Erhöhung ihres Lebensstandards, an politischer Stabilität und sozialer Sicherheit gelegen. Diesem Sicherheitsgefühl, nicht zuletzt eine Folge der permanenten Umbrüche der Mao-Zeit, versucht der Staat Rechnung zu tragen, indem er einerseits soziale Stabilität zu erzwingen und soziale Konfliktaustragung zum Teil mit autoritären Methoden zu unterbinden trachtet; andererseits bemüht er sich um *institutional engineering*, indem er versucht, von oben Strukturen durchzusetzen, durch die sich kontrolliert Wandel herbeiführen lässt. So war der Beitritt zur WTO nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Maßnahme, die den Fortgang der Marktwirtschaft, die Reform des Staatssektors und den Umbau der Verwaltungsstrukturen beschleunigen soll. Innenpolitisch verdeutlichen Maßnahmen wie materielle Anreize für lokale Funktionäre, die lokale Wirtschaft anzukurbeln, die Förderung des Privatsektors in den 80er und 90er Jahren, Bestrebungen einer Verrechtlichung, die Einführung von Basiswahlen in den Dörfern und Nachbarschaftsvierteln oder die Zulassung von Vereinigungen und nicht-staatlichen Organisationen, wie der Staat durch von oben eingeleitete Strukturreformen institutionelle Entwicklungen erst ermöglicht oder erleichtert hat.

### *Staat – Gesellschaft*

Gleichwohl ist der Staat nicht alleiniger Akteur. Zum einen ist er fragmentiert, denn er unterteilt sich in unterschiedliche Interessengruppen (Ministerien, Zentral-, Provinz- und Lokalbehörden), die nicht immer im Gleichklang arbeiten. Die größere Selbständigkeit für Landkreise und Städte bewirkte, dass diese zunehmend eine eigene Interessenpolitik verfolgen und die Politik der zentralen Führung nicht mehr oder nur noch halbherzig durchführen. Viele der gegenwärtigen Probleme wie die

26 Nach den sog. »Drei Vertretungen« repräsentiert die Kommunistische Partei Chinas die fortgeschrittenen Produktivkräfte, die fortgeschrittene Kultur Chinas sowie das gesamte chinesische Volk.

Verfolgung lokaler Fürsprecher entrechteter Bevölkerungsgruppen, diktatorische Dorfverhältnisse, Bergwerksunglücke, Organhandel oder Fälschungen von Markenprodukten im Windschatten der Interessen lokaler Funktionäre sind keineswegs einfach zentral beschlossene staatliche Politik, sondern dienen häufig den Interessen lokaler Funktionäre.

Zugleich entstehen Ansätze einer öffentlichen Sphäre und damit einer öffentlichen Meinung, u.a. durch das Internet. Ende 2006 soll es bereits über 137 Mio. Internettutzer gegeben haben. Auch wenn nur ein Teil das Netz zur Informationsgewinnung und –verbreitung nutzt. Eine kritische Öffentlichkeit beginnt sich herauszubilden, wobei Internettutzer Informationen über soziale Ungerechtigkeiten, vertuschte lokale Katastrophen, Straftaten oder Korruptionsfälle aufgreifen, Informationen verbreiten und zur Diskussion stellen. Der chinesische Politologe Wu Qiang spricht sogar von »e-social movements«, einer vom Internet getragenen sozialen Bewegung. Mittlerweile hätten sich organisierte Formen der Interessendurchsetzung herausgebildet, die z.B. Online-Petitionen veröffentlichten und einreichten. Überdies bildeten sich seit Mitte der 90er Jahre autonome virtuelle NGOs im Internet heraus, die Online-Kongresse und Online-Partys organisieren.<sup>27</sup>

Allerdings besitzt das Internet nicht per se politisch-öffentlichen oder gar systemkritischen Charakter. Einer Untersuchung des *China Internet Network Information Center* (CNNIC) von 2003 zufolge nutzten 46,2% das Netz aus Gründen der Informationsgewinnung, 32,2% aus Unterhaltungsgründen.<sup>28</sup> Selbst chinesische Untersuchungen weisen mittlerweile auf negative Faktoren hin wie Internetnationalismus, Gewaltspiele oder Pornographie.<sup>29</sup> Von daher lässt sich in Bezug auf die politische Funktion des Internets keineswegs auf einen technologischen Determinismus im Sinne einer systemverändernden Funktion schließen. Das Internet schafft neue Möglichkeiten für die Bürger im Sinne von Transparenz, Partizipation und Gesellschaftskritik. Aber es ist nicht per se Instrument des Systemwandels.

Zwar versucht der Staat das Internet zu kontrollieren, blockiert er immer wieder gesellschaftspolitische Diskussionen und systemkritische ausländische Websites.

- 27 Caroline M. Cooper, »This is Our Way In: The Civil Society of Environmental NGOs in South-West China« in: *Government and Opposition* 1 (2006), S. 109-136, S. 123ff.; Qiang Wu (2004), *From virtual community to real society: An online interrogation of eforum-based civic associations in China* (unveröffentlichtes Manuskript); dazu auch: Guobin Yang, »The Internet and Emerging Civil Society in China«, in: Suisheng Zhao (ed.), *Debating Political Reform in China. Rule of Law vs. Democratization*, Armonk, London 2006, S. 196-214.
- 28 China Internet Network Information Center (CNNIC), *13th Statistical Survey on the Internet Development in China*, 2004, <http://www.cnnic.net.cn/download/manual/en-reports/13.pdf>, abgerufen am 3.1.07; mehr zum Internet-Verhalten vgl. die Studie von Liang Guo / Wei Bu, »Internet Use in China – A Comparative Analysis«, in: Junhua Zhang / Martin Woesler (Hg.), *China's Digital Dream: The Impact of the Internet on Chinese Society*, Bochum 2003, S. 121-144.
- 29 Jun Wang, »Shixi dangdai Zhongguo de wangluo minzuzhuyi« (Testanalyse des gegenwärtigen Internetnationalismus« in China) in: *Shijie jingji yu zhengzhi*, 2 (2006), S. 22-29.

Auch verhaftet er zu Abschreckungszwecken von Zeit zu Zeit Cyber-Dissidenten. Die Grundstimmung der Internetnutzer und die gesellschaftspolitischen Debatten lassen sich dadurch nicht eindämmen. Der Staat muss daher zunehmend Rücksicht auf gesellschaftliche Meinungen und Stimmungen nehmen.

In einer sich differenzierenden Gesellschaft kann ein Staat nicht mehr alles von oben organisieren. Der Umbau der Gesellschaft und die Lösung sozialer Probleme verlangen zunehmend das, was bei uns »Bürgerbeteiligung« genannt wird. So hat eine vom Ministerium für Zivilverwaltung herausgegebene Zeitschrift argumentiert, aus Bewohnern müssten »Bürger« werden, die sich ihre Leitungen selbst wählen und kontrollierten und sich selbstbewusst an den Angelegenheiten in ihren Dörfern und Wohnvierteln beteiligten.<sup>30</sup> Bürger und Bürgersinn erfordern – neben Bürgerrechten – Bereitschaft zur Mitgestaltung des Gemeinwesens (Partizipation) und Einsatz für Mitbürger (Bürgersinn). Beides verlangt Partizipations**bereitschaft** und -**fähigkeit**, zivilisatorische Kompetenz, die einerseits erlernt werden muss, andererseits Informationen und Wissen voraussetzt. Doch auch wenn die Menschen sich – vor allem im städtischen Raum – gegenwärtig von »Massen« zu »Bürgern« zu entwickeln beginnen, wobei Massen ein politischer, Bürger ein rechtlicher Begriff ist: Der Grad an Bürger- und Gemeinsinn ist immer noch gering. Während in westlichen Gesellschaften 35–40% der Bevölkerung in freiwillige oder (ehrenamtliche) Tätigkeiten involviert sind, engagieren sich in China gegenwärtig nur ca. 3%.<sup>31</sup> Einerseits hat dies historische Gründe, da anders als in christlich geprägten Gesellschaften, in denen der Gedanke der Nächstenliebe und Barmherzigkeit eine große Rolle spielte, das Mitempfinden mit Personen außerhalb unmittelbarer Bezugsgruppen (Clan, Familie, Dorf) eher gering war. Bereits in den 1930er Jahren beklagte der Philosoph Lin Yutang entsprechend das Fehlen einer sozialen Gesinnung. Familiensinn sei für Chinesen zentral, nicht Gemeinsinn. Von daher sei dem chinesischen Denken das Konzept der Gesellschaft fremd.<sup>32</sup> Zum zweiten führten Modernisierungsprozesse zum Zerfall traditionaler Gemeinschaften und Werte und damit zu einer Zunahme individualistischer Verhaltensweisen. Und schließlich fehlen bislang Institutionen, die einer freiwilligen sozialen Betätigung förderlich sein könnten wie rechtliche Sicherheit, ein nicht-korruptes Beamtensystem und ein Wertesystem, in dem unentgeltlicher Einsatz für Mitmenschen ein hohes Gut darstellt; dies behindert die Ausbildung zivilisatorischer Kompetenz im Sinne von Bürgerpflichten, eines Bürger- und Gemeinsinns.

Da sich differenzierende Gesellschaften aber auf Freiwillige, die sich in sozialen Feldern engagieren, angewiesen sind, versucht der Staat unter den Bedingungen institutionellen Defizits Freiwillige zu mobilisieren. So sollen zunächst Parteimitglieder und Studenten als sozial Freiwillige fungieren und als Vorbilder, an denen sich andere Gesellschaftsmitglieder orientieren sollen. Wo institutionelle Strukturen der

30 Weidong Chen, »Min ping guan: rang jumin chengwei gongmin« (Bürger beurteilen Beamte: lasst aus Bewohnern Bürger werden) in: *Shequ* (Community), 2-4 (2004), S. 11.

31 Renmin Ribao, 17.7.06.

32 Yutang Lin, *Mein Land und mein Volk*, Stuttgart o.J., S. 217ff.

Freiwilligkeit nicht gegeben sind, versucht der Staat als sozialer Architekt sie von oben zu initiieren: durch Mobilisierung von Freiwilligen, die in Vereinen zusammengefasst und denen feste soziale Aufgabenfelder zugewiesen werden. Dies bildet Teil eines staatlichen Programms zur Erziehung und Heranbildung von Freiwilligen.<sup>33</sup>

### *Wachsende Umweltbewegung*

Über die katastrophale Umweltlage ist viel publiziert worden, so dass wir uns Einzelheiten darüber ersparen.<sup>34</sup> Es ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, dass der Staat auch beim Umweltschutz zunehmend die Gesellschaft braucht. In China schälen sich mittlerweile Konturen einer Umweltbewegung heraus. Ausgangspunkt sind die großen Städte, aber auch von sichtbaren ökologischen Krisen betroffene Gebiete. Im Jahre 2005 sollen über 2.000 nicht-staatliche Umweltorganisationen existiert haben, eine erstaunliche Zahl, wenn man bedenkt, dass es sie erst seit den 1990er Jahren gibt. Auch wenn sie aufgrund der politischen Strukturen noch fragmentiert und häufig lokal orientiert sein mögen, so leisten sie doch wichtige Beiträge zum Umweltschutz. Zugleich ist seit den 90er Jahren eine große Vielfalt sozialer Organisationen und Stiftungen entstanden, die sich u.a. für bedrohte Tierarten, soziale Randgruppen, Aidskranke, Drogenabhängige, ethnische Minderheiten, die Erhaltung von Kulturgütern und Landschaften oder den Verbraucherschutz engagieren. Erfolgreich agierten in den letzten Jahren u.a. Initiativen gegen Wasserkraftwerke in der Provinz Yunnan, eine Initiative gegen die Verlegung des Pekinger Zoos oder eine Bewegung »Klimaanlage 26 Grad« (zur Eindämmung der Energieverschwendung durch Klimaanlagen), um nur einige Beispiele zu nennen.<sup>35</sup> Solange nicht explizit politische oder politisch brisante Ziele verfolgt werden, unterstützt der Staat (in der Regel der Zentralstaat) solche Initiativen, weil sie auf lokaler Ebene Fragen aufgreifen, die der Staat nicht zu lösen vermag. Gleichwohl geraten solche Vereine häufig in Konflikt mit lokalen Behörden, wenn sie Probleme aufgreifen, die die Pfründe oder Interessen lokaler Behörden oder Funktionäre beeinträchtigen. Immerhin hat im Mai 2006 die Parteizeitung »Renmin Ribao« hervorgehoben, dass ohne öffentliche Partizipation der Bürger der Umweltschutz nicht zu verbessern sei,<sup>36</sup> eine Aussage, die zu aktiver Bürgerbeteiligung ermuntert.

33 Thomas Heberer / Gunter Schubert, Von »Massen« zu Bürgern? Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China, Bd. 1: Der urbane Raum, Wiesbaden 2007 (in Druck).

34 Elizabeth Economy, *The River Runs Black: The Environmental Challenge to China's Future*, Ithaca/New York 2005; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.01.07, S. 12

35 <http://www.chinadevelopmentbrief.com/mode/157> aufgerufen am 02.06.2006

36 Renmin Ribao, 18.05.2006

*Kritische Stimmen fordern institutionellen Wandel*

Seit Jahren fordern parteinahe Intellektuelle und Think Tanks institutionellen Wandel und einen Wandel politischer Strukturen.<sup>37</sup> Dabei gehen kritische Stimmen in ihren Wandlungsvorstellungen relativ weit. Auf einer Tagung von hochrangigen Wissenschaftlern und Funktionären im März 2006 in Peking z.B., die der Beratung der chinesischen Führung dienen sollte, äußerten sich Regierungsberater höchst kritisch. Die Kritik richtete sich u.a. gegen den »schleichenden Kapitalismus« in China. Die wachsende politische und gesellschaftliche Instabilität sei ohne echte »Rechtsherrschaft« und deutliche Ausweitung der Partizipation der einfachen Bürger nicht einzudämmen. Li Shuguang von der Chinesischen Universität für Politik und Recht erklärte, die Wirtschaftsreformen seien weitgehend abgeschlossen, nunmehr bedürfe es einer tiefgehenden Reform des Rechtssystems sowie politischer Reformen. Der Jurist He Weifang (Peking-Universität) konstatierte, die Struktur der Parteiherrschaft verstoße gegen die Verfassung, da die Partei von der Kontrolle durch die Verfassung ausgenommen werde. Er votierte für die Aufspaltung der Partei in verschiedene Parteien, für Pressefreiheit und die Abschaffung der Parteikontrolle über die Streitkräfte.<sup>38</sup> Bei chinesischen Umfragen in den letzten Jahren hat eine wachsende Zahl von Funktionären auf der Provinzebene sich ebenfalls für die vorrangige Durchführung von Reformen des politischen Systems ausgesprochen.

Wichtig ist gleichwohl, dass bislang kein einheitliches Konzept für politische Reformen existiert. Drei grundlegende Positionen lassen sich unterscheiden: (a) da es unterschiedliche Interessen im Hinblick auf solche Reformen gebe, sollten eine geordnete Wirtschaftsentwicklung und die Schaffung geeigneter Institutionen für diese Entwicklung im Vordergrund stehen; (b) sofortige politische Reformen seien erforderlich, um wirtschaftliche Stagnation zu verhindern und Korruption einzudämmen; (c) eine erfolgreiche Marktwirtschaft sei Voraussetzung für politische Reformen und Demokratisierung und Demokratisierung der Partei müsse der Demokratisierung der Gesellschaft vorausgehen. Jüngere Intellektuelle sprechen auch von einer »schleichenden Demokratisierung« (incremental democratization), die sich auf Grund des ökonomischen Umbaus und des damit verbundenen sozialen Wandel quasi spontan vollziehe.<sup>39</sup> Die Vertreter dieser Auffassung berufen sich u.a. auf Adam Przeworskis Theorie der *minimal democracy*, d.h. einer graduellen Ausweitung von Partizipation und politischer Transparenz ohne negative Auswirkun-

37 Heberer / Schubert, »Political Reform and Regime Legitimacy in Contemporary China« aaO. (FN 2); Nora Sausmikat, »The Impact of Discourses, Institutional Affiliation and Networks among New and Old Elites for Political Reform in China« in: Claudia Derichs / Thomas Heberer (Hg.), *The Power of Ideas. Intellectual Input and Political Change in East and Southeast Asia*, Copenhagen 2006, S. 276-299.

38 <http://hp1995.com/ShowArticle.asp?ArticleID=61>.

39 Keping Yu, »Toward an Incremental Democracy and Governance: Chinese Theories and Assessment Criteria« *Project Discussion Paper No. 3 (Orange Series: Discourses on Political Reform and Democratization in East and Southeast Asia in the Light of New Processes of Regional Community Building)*, Duisburg: Institute of East Asian Studies 2000.



In diese Klagen reiht sich der Beitrag einer chinesischen Tageszeitung im Oktober 2006 ein, mit der Überschrift »Auch wenn die Professoren nicht zum Unterricht erscheinen, ist es den Studenten verboten, sie zu verprügeln«. Professoren jagten vornehmlich Nebenverdienst außerhalb der Hochschulen nach und überließen die Last der Lehre den Jüngeren.<sup>45</sup> An den Schulen wiederum unterliegen nicht nur die Schüler einem gnadenlosen Leistungsdruck (Schulzeiten von 7 bis 22 Uhr, Aufbesserungskurse am Wochenende und in den Ferien). Das gesellschaftliche Verlangen nach höherer Bildung bewirkt, dass Eltern und Schüler auch auf die Lehrer einen enormen Druck ausüben. Die Parteizeitung meldete im November 2006, eine Untersuchung in der Provinzhauptstadt Wuhan habe ergeben, dass 80% der Grundschullehrerinnen krank seien und 40% an psychischen Störungen litten.<sup>46</sup>

### Fazit

Die sozialen Probleme und Verwerfungen, denen sich China gegenüber sieht, sind gewaltig. Auch in den kommenden Jahrzehnten wird das Land noch primär mit seiner inneren Entwicklung beschäftigt sein. Die Zahl lokaler Unruhen wächst, weil keine Kanäle für die Artikulation von Unzufriedenheit vorhanden sind. Das betrifft vor allem die Landbevölkerung, die von lokalen Funktionären zum Teil rücksichtslos ausgebeutet wird. Immer deutlicher wird, dass das politische System nur überleben kann, wenn es die dringenden gesellschaftlichen und politischen Probleme zu lösen vermag (Sicherstellung politischer Stabilität, Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen, soziale und öffentliche Sicherheit, zunehmende politische Liberalisierung und Rechtssicherheit). In einer komplexen und sich zunehmend differenzierenden Gesellschaft reicht es nicht aus, wenn die politische Führung versucht, Entscheidungen vertikal, hierarchisch und autoritär durchzusetzen. Zunehmende Klagen, dass die unteren Verwaltungsebenen (Provinzen, Städte und Kreise) zentral beschlossene Politik nicht mehr durchführen, komplettiert diese Problematik. Es bedarf der Zulassung einer »Öffentlichkeit«, die nicht nur für Transparenz und größere gesellschaftliche Kontrolle sorgt, sondern auf lokaler Ebene auch partizipativ mitgestalten kann. Partizipation ist dabei nicht mehr nur ein Mittel zur Verbesserung der Qualität politischer Beschlüsse und ihrer Umsetzung, sondern auch ein Mittel zur Konfliktreduzierung.

Kehren wir zu den fünf zentralen Herausforderungen für Stabilität von Merkel zurück, die wir eingangs vorgestellt haben: politische und gesellschaftliche Integration; Mobilisierung von Ressourcen; Beziehungen mit anderen Staaten auf der Basis friedlicher Regelungen; politische Partizipation der Bevölkerung; sozial relativ gerechte Verteilung des Sozialproduktes durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen. Im Hinblick auf Ressourcenmobilisierung im Interesse wirtschaftlichen Aufschwungs und der ökonomischen Besserstellung großer Teile vor allem der Stadtbe-

45 Xinjing Bao, 11.10.06.

46 Renmin Ribao, 14.1.06 und 1.8.06.

völkerung, im Hinblick auf friedliche Außenbeziehungen, graduell wachsende politische Partizipation der Bevölkerung (durch Einführung von Basiswahlen in Stadt und Land, größere Möglichkeiten zu sozialer Partizipation in Verbänden, Vereinen und NGOs) lässt sich eine positive Bilanz ziehen. Was die politische und gesellschaftliche Integration sowie eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts anbelangt, so haben divergierende Faktoren (Anwachsen der Unterschiede und Einkommen zwischen Stadt und Land sowie innerhalb der städtischen und ländlichen Bevölkerung) ebenso zugenommen wie andere Faktoren der Ungleichheit, etwa im Hinblick auf die o.e. Bodenenteignungen durch lokale Behörden im ländlichen Raum, Arbeitsbeziehungen (Arbeiter-private Unternehmer) oder die Kommerzialisierung von Bildung, Kultur und Werten. Wer keine ausreichenden Finanzquellen besitzt, dem bleiben Aufstieg, Bildung und Wohneigentum meist verwehrt. Von daher gibt es in China starke Faktoren der Instabilität, die nur durch eine Institutionalisierung von Recht, ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit, die Reduzierung von Korruption und einen neuen Wertekanon verringert werden könnten.

Eine der Kernfragen der künftigen Entwicklung Chinas besteht darin, zivilisatorische Kompetenz der Organisationen, Funktionäre und Bürger auszubilden und zu institutionalisieren. Es trifft immer noch weitgehend das zu, was der Soziologe Fei Xiaotong bereits in den 1940er Jahren konstatiert hat: Dass die chinesische Gesellschaft von bäuerlichem Denken geprägt und damit eine rurale Gesellschaft sei. Eine solche Gesellschaft sei gekennzeichnet durch die Dominanz persönlicher Beziehungen (*guanxi*) im alltäglichen Leben, bäuerliche Moralvorstellungen, Selbstbezogenheit von Individuen und Gruppen, Familienegoismus, Dominanz des Rituals gegenüber dem Recht, Seniorität, Priorität von Verwandtschaft und lokaler Herkunft.<sup>47</sup> Der rapide ökonomische und soziale Wandel hat die traditionellen Werte aufgeweicht, ohne dass neue, urban und bürgerlich geprägte Werte bereits an die Stelle der tradierten Werte und Verhaltensweisen getreten wären. Die enorme Rolle, die Gesellschaftsferne, fehlender Bürgersinn, soziale Beziehungen und Netzwerke im Hinblick auf Korruption, mangelndes Rechtsbewusstsein, Streitkultur, Toleranz und Empathie bislang spielen, erschwert die Durchsetzung von Modernität ganz erheblich. Die Bändigung des ungezügelter Kapitalismus durch zivilisatorische Kompetenz ist von daher eine zentrale Aufgabe des chinesischen *party-state*.

Gleichwohl ist China keine politisch wandlungsresistente Diktatur mit einem im Innern und Äußeren rücksichtslos agierenden Staat, wie im Westen häufig behauptet wird. Vielmehr beginnt sich vor allem die städtische Gesellschaft allmählich in eine Richtung zu bewegen, in der graduell auch der Grad an Partizipation, rechtlicher Sicherheit und individueller Autonomie (jedenfalls solange ein Individuum oder eine Gruppe nicht gegen das herrschende System aktiv wird) zunimmt. Auf Grund der Problemfülle ist eine Prognose, wohin sich China in den kommenden Jahrzehnten entwickeln wird, schwierig. Letzteres hängt primär von der inneren Entwicklung ab. Solange sich die Wirtschaft weiter erfolgreich entwickelt, das *institutional engineering* im Sinne rechtlicher Sicherheit und sicherer Regelwerke ausge-

47 Xiaotong Fei, *From the Soil, The Foundations of Chinese Society*, Berkeley 1962.

baut wird und der Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung wächst, der Grad an Partizipation zunimmt und gesellschaftliche und politische Stabilität gewährleistet werden können, kann sich China zu einem zuverlässigen und berechenbaren Partner auch in der internationalen Politik entwickeln. Sollte dies scheitern, dann wären die Folgen für China, seine Bewohner und nicht zuletzt für die gesamte Welt dramatisch.

Sun Yat-sen (1866-1925), einer der einflussreichsten chinesischen Staatsmänner des 20. Jahrhunderts, schrieb einmal, Menschlichkeit und Brüderlichkeit seien echte chinesische Tugenden. Chinesen müssten aber vom Ausland lernen, wie sie in die Tat umgesetzt werden könnten.<sup>48</sup> Damit formulierte er ein Programm, das einer strategischen und gleichberechtigten Partnerschaft zwischen China und Europa heute zugrunde gelegt werden kann. Auch wenn der Aufstieg Chinas zunehmend eine Herausforderung für den Westen darstellen mag: Einerseits müssen die Industriestaaten auf diese Herausforderung reagieren. Andererseits können dadurch neue Partnerschaften entstehen, die nicht nur den institutionellen Wandel in China begleiten, sondern auch in gemeinsamer Verantwortungsethik an der Lösung globaler Probleme arbeiten. So könnte etwa im Energiebereich im Rahmen einer europäisch-chinesischen Partnerschaft in eine neue Generation effizienter, CO<sub>2</sub>-armer Energieinfrastrukturen investiert werden, die die Energiezufuhr ohne Verschärfung der Klimakatastrophe sicherstellt. Die strategische Partnerschaft der EU mit China sollte entsprechend auch eine Energiepartnerschaft beinhalten.<sup>49</sup>

Eine aktive Politik der Einbindung Chinas in internationale Verantwortlichkeiten ist eine zentrale politische Aufgabe der EU. Man überlege: Würde China zu einem »failing state«, einem gescheiterten, in innere Wirren verstrickter Staat mit den Folgen verheerender Hungersnöte und Massenflucht ins Ausland – ein solcher Staat stellte zweifellos eine globale Bedrohung dar. Chinas gegenwärtiger Wirtschaftsaufstieg sollte von daher nicht als Bedrohung begriffen werden, sondern als Chance für eine neue Partnerschaft im Sinne Sun Yat-sens.

Eine strategische Partnerschaft – wie sie die EU vorsieht – erfordert somit, dass China bei seinem Umbau weiterhin unterstützt und in internationale Diskussions- und Aushandlungsprozesse eingebunden wird. Europa sollte China dabei helfen, zivilisatorische Kompetenz auszubilden und internationale Verantwortung zu übernehmen. Dann könnten China und Europa gemeinsam darangehen, im Sinne Sun Yat-sens der Menschlichkeit und Brüderlichkeit ein Programm zu geben. Der Lerneffekt für China würde dann darin bestehen, globale Probleme gemeinsam mit anzupacken und zu lösen.

48 Yat-sen Sun, »Drei Grundlehren vom Volk: San min chu-i« in: Gottfried-Karl Kindermann (Hg.), *Konfuzianismus, Sunyatsenismus und chinesischer Kommunismus*, Freiburg 1963, S. 90-119.

49 John Ashton, »Another Angle« in: *E!SHARP*, May-June (2006), [http://www.e3g.org/images/uploads/another\\_angle\\_May\\_2006.pdf](http://www.e3g.org/images/uploads/another_angle_May_2006.pdf) (aufgerufen am 31.12.06).

### *Zusammenfassung*

Zwar weist China gegenwärtig weltweit eine der höchsten Wirtschaftswachstumsraten auf, gleichwohl bleibt seine Entwicklung ambivalent. Seine Wirtschaftskraft wächst ebenso wie sein innerer Probleberg: wachsende soziale Ungleichheit, Umweltkatastrophen, Korruption, Kaderwillkür und zunehmende soziale Proteste. Von daher stellt sich die Frage nach der Stabilität des politischen und gesellschaftlichen Systems. Die politische Führung selbst betont immer wieder, dass Stabilität die Grundvoraussetzung für weitere Entwicklung sei. Ohne Stabilität drohe ein systemischer Zusammenbruch. Dieser Beitrag verdeutlicht an den Beispielen innere Probleme und gesellschaftliche Dynamik die Ambivalenz der gegenwärtigen Entwicklung Chinas vor dem Hintergrund der Stabilitätsfrage. Er zeigt zunächst, dass China nach wie vor als Entwicklungsland zu begreifen ist. Den wachsenden sozialen Protesten versucht die chinesische Führung mit dem Konzept einer »harmonischen Gesellschaft« zu begegnen. Der party-state betätigt sich gleichwohl als Entwicklungsmotor, auch wenn die Rolle der Gesellschaft kontinuierlich wächst. Kritische Stimmen fordern eine schnelle Institutionalisierung vor allem von Rechten. Ein Fazit, das auch die Frage einer möglichen Rolle Europas im Institutionalisierungsprozess Chinas aufwirft, rundet den Beitrag ab.

### *Summary*

Currently, China exhibits one of the highest economic growth rates on a worldwide scale. Nevertheless, her development remains ambivalent. Both, her economic power and her internal problems are growing. Social inequality, ecological calamities, corruption, arbitrariness of party and state officials and social protests are significantly increasing. Accordingly, the issue of the stability of the political and social system arises. The political leadership constantly emphasizes that stability is the principal precondition for any further development and progress. Without stability China might even face the collapse of her political system. By means of her internal problems and social dynamics this paper examines the ambivalence of China's current development against the background of political and social stability. It reveals that according to the standards of the World Bank China can still be conceived as a developing country. Recently, the political leadership has put forward the concept of creating a »harmonious society« so as to encounter growing social protests. Albeit the party-state is still functioning as the driving-force of development processes the role of society is continuously gaining weight. Increasingly, critical voices (for instance of intellectuals) are demanding a rapid institutionalization of legal rights. In its conclusion the article discusses the possible role which Europe might play in such a process of institutionalization.

*Thomas Heberer*, Institutional constraints put China's social and political stability at risk – China is still far off from becoming a superpower of the 21st century